

Jahresauftakt Klausur in Wildbad Kreuth

Ehrgeiziges Arbeitsprogramm

Grundlegende Fragen der künftigen Reformpolitik auf Bundesebene standen im Mittelpunkt der traditionellen Jahresauftakt Klausur der CSU-Landesgruppe vom 8. bis 10. Januar in Wildbad Kreuth. Die CSU weiß um ihre bundespolitische Verantwortung. Als einer von drei Partnern ist sie fest entschlossen, die Große Koalition zum Erfolg zu führen. Als Impulsgeber wird sie sich weiter energisch in Parlament und Regierung einbringen – konstruktiv, durchsetzungsstark und beharrlich.

Die Reformen zahlen sich aus. Die Stagnation und Vertrauenskrise der Jahre von Rot-Grün sind überwunden. Unser Land erntet jetzt ökonomisch die Dividende des Regierungswechsels.

Den Aufschwung festigen

Ein sich selbst tragendes Wachstum ist Voraussetzung für einen weiteren Abbau der Arbeitslosigkeit sowie für eine Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und öffentlichen Haushalte.

Begonnene Reformen ins Ziel bringen

In der Arbeitsmarktpolitik muss mehr Chancengerechtigkeit durch Qualifizierung geschaffen und das Fordern und Fördern von Arbeitssuchenden konsequent umgesetzt werden. In der Sozialpolitik müssen die Rente mit 67 als Antwort auf die steigende Lebenserwartung und eine ausgewogene Gesundheitsreform umgesetzt werden. In der Finanzpolitik müssen die betriebliche Erbschaftsteuer zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und Betrieben sowie die Unternehmensteuerreform zur Stärkung der Investitionskraft abgeschlossen werden.

Blick nach vorne richten

Bei allen Erfolgen gibt es keinen Anlass, sich bequem zurückzulehnen. Auch dies hat die CSU-Landesgruppe deutlich gemacht, indem sie in Kreuth wichtige Grundkonzepte erarbeitet hat.

Weiter entschlossen anpacken

Mit der Föderalismusreform II muss die Basis für eine nachhaltige Finanzpolitik und einen nationalen Stabilitätspakt gelegt werden. Von wirtschaftspolitisch immenser Bedeutung ist eine Energiepolitik, die die Stärken jedes Energieträgers nutzt und die Abhängigkeit von Importen mindert.

Für die Zukunft des ländlichen Raumes haben die CSU-Bundestagsabgeordneten ein Gesamtkonzept entwickelt, das eng mit der CSU-Landtagsfraktion und der bayerischen Staatsregierung abgestimmt wird.

Leitlinien für Auslandseinsätze der Bundeswehr bilden die Grundlage künftiger Entscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik. Innenpolitisch besteht weiter Handlungsbedarf im Bereich ausländischer Bevölkerungsgruppen. Integration muss entschieden eingefordert werden.

Europa richtig gestalten

Die weltpolitische Lage und die Zukunft der EU waren Gegenstand eines intensiven Meinungsaustauschs mit dem Vorsitzenden der britischen Konservativen David Cameron. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft muss ganz entschieden dazu genutzt werden, Europa wieder näher an die Bürger heranzubringen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,

in Berlin stehen wichtige Entscheidungen an: zur Gesundheitspolitik, zur Steuerpolitik, zum Kurs der Großen Koalition. Da wird eine handlungsfähige CSU gebraucht. Dafür setzt sich die CSU-Landesgruppe mit großem Nachdruck ein. Der Weg zum politischen Erfolg kann allein sein: Personalfragen glaubwürdig intern klären, Sachpositionen offensiv in die öffentliche Meinungsbildung einbringen.



Auf der traditionellen Jahresauftakt Klausur der CSU-Landesgruppe in Wildbad Kreuth haben wir genau dies getan. Der Rückgang der Arbeitslosenzahl um fast 600.000 seit der Übernahme der Regierungsverantwortung durch die Unionsparteien zeigt: die Reformen zahlen sich aus. Die von der Großen Koalition beschlossenen Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft und zum Kurswechsel in der Haushalts-, Steuer- und Sozialpolitik greifen. Deutschlands Wirtschaft befindet sich mittlerweile in einem sich selbst tragenden Wachstumsprozess. Die wirtschaftliche Dynamik hat ganz offensichtlich den Arbeitsmarkt erfasst, was sich vor allem im Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung um knapp 400.000 gegenüber Dezember 2005 widerspiegelt.

Es wäre jedoch absolut falsch, nach den ersten Erfolgen die Hände in den Schoß zu legen und auf das Motto „die Konjunktur wird es schon richten“ zu setzen. Das Gegenteil ist erforderlich. Die Reformen müssen mit Mut und Augenmaß vorangetrieben werden. Ein Rückfall in die „Politik der ruhigen Hand“, wie von einigen gefordert, würde die erreichten Fortschritte über Kurz oder Lang aufs Spiel setzen. Einen reformpolitischen Stillstand kann sich Deutschland nicht leisten.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Haushalt / Finanzen

Konsolidierungserfolge konsequent fortsetzen

Der vorläufige Abschluss des Bundeshaushalts für 2006 macht deutlich: Die wirtschafts- und finanzpolitische Strategie der unionsgeführten Bundesregierung beginnt zu greifen. Diese positive Entwicklung muss nun weiterhin dafür genutzt werden, Schulden konsequent abzubauen. Nur mit soliden Staatsfinanzen sind Generationengerechtigkeit und nachhaltiges Wachstum für mehr Beschäftigung erreichbar.

Dass nunmehr solide Staatsfinanzen gemeldet werden können, ist ein großer Verdienst der Union. Nach sieben Jahren rot-grüner Schuldenpolitik mit blauen Briefen aus Brüssel, steht die Konsolidierung des Haushalts endlich wieder ganz oben auf der Agenda für Deutschland. Dies beweist der Bundeshaushalt 2006: Mit einer Neuverschuldung von 27,9 Mrd. Euro fällt der Abschluss des Bundeshaushalts noch einmal um 10 Mrd. Euro besser aus als dies auf Basis der November-Steuerschätzung angenommen werden durfte. Bereits in diesem Jahr wird die Neuverschuldung des Bundes weitere 10 Mrd. niedriger sein

als jetzt für 2006 erreicht, nämlich 19,6 Mrd. Euro. Dies ist die niedrigste Neuverschuldung seit der deutschen



Einheit. Das Maastricht-Defizitkriterium wurde im letzten Jahr mit 1,9 Prozent nach vier Jahren des Verstoßes durch

Rot-Grün erstmals wieder eingehalten. Die bundesdeutsche Haushaltspolitik ist damit wieder ein Vorbild in der EU geworden.

Es wird weiterhin darüber zu wachen sein, dass die Sparanstrengungen nicht nachlassen. Durch den Vertrag von Maastricht ist vorgegeben, dass die Neuverschuldung pro Jahr um ein halbes Prozent zu reduzieren ist. Dies bedeutet einen Haushalt ohne Neuverschuldung im Jahr 2010. Dieses ehrgeizige Ziel ist nur erreichbar, wenn die Politik der sparsamen und verlässlichen Haushaltspolitik konsequent weitergeführt wird.

Diese Woche

Jahresauftaktklausur in Wildbad Kreuth Ehrgeiziges Arbeitsprogramm	S. 1
Haushalt / Finanzen Konsolidierungserfolge konsequent fortsetzen	S. 2
Energiepolitik Europa braucht gemeinsame Energiestrategie	S. 2
Bildungspolitik Initiative zum Bildungssparen auf den Weg bringen	S. 3
Internationale Grüne Woche Deutschlands Land- und Ernährungswirtschaft setzt weltweit Maßstäbe	S. 3
Gesundheitspolitik Gesundheitsreform besser als ihr Ruf	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Energiepolitik

Europa braucht gemeinsame Energiestrategie

Die Erfahrungen der letzten Wochen zeigen leider, dass Russland offenbar bereit ist, Energie als politisches Instrument einzusetzen. Das zeigt deutlich, dass die EU in Energiefragen stärker als bisher zusammenarbeiten muss. Auch aus Gründen der Energiesicherheit muss Europa seine Energieabhängigkeiten reduzieren. Jetzt geht es darum, alle Potenziale zur Energieversorgung auszunutzen, Energie zu sparen, alternative Energien auszubauen und neue Technologien gezielt zu fördern.

Der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Michael Glos, hat erfolgreich darauf gedrungen, dass die Energiepolitik ein Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft wird. Das ist ganz im Sinne der breiten Mehrheit der Bundesbürger. Nach einer aktuellen Umfrage wünschen sich 66 Prozent der Deutschen eine nachhaltige europäische Energiepolitik.

Sowohl in der Wirtschaft als auch in jedem Haushalt kann der Energieverbrauch gesenkt und die Energieeffizienz gesteigert werden. Es ist ein breiter Energiemix anzustreben, indem die Stärken jedes Energieträgers genutzt und zur Grundlage einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Energieversorgung gebündelt wird. Der Anteil der Erneuerbaren Energien

am Energiemix ist zu stärken und fortzuentwickeln. Nicht zuletzt muss in den Ausbau der Energieforschung investiert werden, insbesondere muss die Forschung bei Wasserstofftechnologie und Kernfusion intensiviert werden.

Die CSU-Landesgruppe steht zum Koalitionsvertrag. Aber das darf uns nicht daran hindern, über die Zukunft unserer Energieversorgung nachzudenken. Unter den gegebenen Bedingungen kann auf kein Kernkraftwerk verzichtet werden, das sicher Strom produziert. Die Laufzeit bestehender Kernkraftwerke sollte deshalb verlängert werden. Ohne Kernenergie kann Deutschland mittelfristig weder seine wichtigen und ehrgeizigen Klimaschutzziele erreichen, noch seinen Energiebedarf sichern.

Bildungspolitik

Initiative zum Bildungssparen auf den Weg bringen

Nach Vorlage eines umfassenden Gutachtens will die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ihre Initiative zum Bildungssparen nunmehr zügig auf den Weg bringen. Der Ausbau der Weiterbildung ist ein zentrales Zukunftsthema. Bildungssparen ist dabei mehr als ein reines Finanzierungsinstrument. Der Ansatz ist geeignet, das Bewusstsein in der Bevölkerung zu schaffen, dass Bildung und Weiterbildung gewinnbringende Investitionen sind.

Die Vorlage des Gutachtens ist ein erster Schritt hin zur Realisierung des Bildungssparens. Die wichtigsten der von den Gutachtern vorgeschlagenen Modelle - Erweiterung des Vermögensbildungsgesetzes, zinsgünstiges Weiterbildungsdarlehen und Weiterbildungsprämie - werden nun in der parlamentarischen Beratung aufgearbeitet.

Insbesondere die Novellierung des Vermögensbildungsgesetzes zur Beförderung des Bildungssparens ist entsprechend einer Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits im Koalitionsvertrag verankert. Der Bildungsausschuss wird sich im Rahmen einer Expertenanhörung am

29. Januar 2007 mit dem Thema Lebenslanges Lernen beschäftigen.



Ziel der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist, danach schnell konkret zu werden und die erforderlichen Maßnahmen zur Etablierung des Bildungssparens einzuleiten.

Die Initiative zielt nicht auf den konkreten Weiterbildungsbedarf eines Betriebs. Dieser muss nach wie vor in der Verantwortung von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Tarifpartnern bleiben. Es geht um überbetriebliche Weiterbildung zum Erhalt und zur Erweiterung persönlicher Berufskompetenz.

Arbeitnehmer müssen die Chancen nutzen, um „auf der Höhe der Zeit“ zu bleiben, sich den verändernden Anforderungen zu stellen und Aufstiege zu schaffen. Vor allem bildungsferne Schichten, deren persönliches Engagement beim Lebenslangen Lernen bisher unterdurchschnittlich ist, sollen stärker motiviert werden.

Internationale Grüne Woche

Deutschlands Land- und Ernährungswirtschaft setzt weltweit Maßstäbe

Noch nie war die Vielfalt an Lebensmitteln so groß wie heute und noch nie wurde auf einem so hohen Sicherheits- und Kontrollniveau produziert. Die deutsche Land- und Ernährungswirtschaft, die sich auf der Grünen Woche präsentiert, braucht dabei den internationalen Vergleich nicht zu scheuen.

Mit den politischen Entscheidungen des ersten Regierungsjahres haben Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer und die Regierungskoalition wichtige Akzente zur Förderung der Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft gesetzt. Erstmals seit Einführung des Konjunkturbarometers Agrar überwiegt der Optimismus unter den landwirtschaftlichen Betriebsleitern. Die positive Grundstimmung ist durchgehend von Nord bis Süddeutschland festzustellen.

Wichtig ist jetzt, die verlässliche Politik auch in den nächsten Monaten fortzusetzen, damit in der Land- und Ernährungswirtschaft nachhaltige Investitionen ausgelöst werden. Die

Investitionsbereitschaft ist jedenfalls vorhanden.



Ein weiteres wichtiges Anliegen: Die Regelung für Saison-Arbeitskräfte etwa zum Ernteeinsatz hat sich vielfach als unflexibel erwiesen. Sie sollte an die regionalen Gegebenheiten angepasst werden.

Die deutsche Lebensmittelwirtschaft hat gute Chancen, sich in einem offenen Weltmarkt zu behaupten. Die Erzeugung von landwirtschaftlichen Produkten und die Verarbeitung zu Lebensmitteln finden auf einem qualitativ und technisch sehr hohen Niveau statt. Die Verbraucher haben dies erkannt. Der Preis als wichtigstes Einkaufskriterium ist etwas gegenüber Kriterien wie Qualität, Frische oder Geschmack in den Hintergrund getreten.

Die Qualität der Lebensmittel stimmt. Darüber können vereinzelte Gammelfleisch-Funde nicht hinwegtäuschen. Kriminelles Treiben wie Umetkettierungen müssen mit aller Härte verfolgt werden.

Gesundheitspolitik

Gesundheitsreform besser als ihr Ruf

Der sich abzeichnende Kompromiss zur Gesundheitsreform ist das Ergebnis langwieriger und zäher Verhandlungen. Zugleich hatte sich die Große Koalition mit einer Reihe von fundierten Kritikpunkten und Konkretisierungserfordernissen auseinanderzusetzen.

Die Vehemenz der öffentlichen Debatten über die aktuelle Strukturreform ist verständlich. Schließlich ist vom Thema Gesundheit jeder Einzelne betroffen. Im Mittelpunkt der Reform stehen die Patienten und Versicherten.

Allen Unkenrufen zum Trotz gilt es zunächst einmal festzustellen: Unser Land verfügt über ein modernes und leistungsfähiges Gesundheitssystem, um das wir international beneidet werden. Bei Versorgungsqualität und -intensität gehört Deutschland zur absoluten Weltspitze. Und kaum ein Gesundheitssystem gewährleistet einen besseren Zugang zu einer hochwertigen Versorgung für alle Bürgerinnen und Bürger. Und zwar jenseits von Alter, Geschlecht, sozialer Herkunft oder finanzieller Leistungsfähigkeit. Dieses anerkannt hohe Niveau wird mit der Gesundheitsreform gesichert.

Leistungsumfang wird aus- geweitet - nicht eingeschränkt

Erstmals verbinden sich mit einer Gesundheitsreform weder verschärfte Zuzahlungsregelungen noch Einschnitte in den Leistungskatalog. Im Gegenteil: Mit der Reform werden bestehende Versorgungslücken zum Wohle der Versicherten geschlossen: Zur Krankheitsvorbeugung empfohlene Impfungen und Mutter-Kind-Kuren werden von Ermessens- zu Pflichtleistungen der Kassen.

Ältere und pflegebedürftige Menschen erhalten einen Rechtsanspruch auf Rehabilitation. Der gesamte Bereich der medizinischen Rehabilitation wird deutlich aufgewertet. Schwerst- und chronisch Kranke erhalten spezialisierte Betreuung in ihrem vertrauten häuslichen Umfeld oder in Hospizen.

Weitere Verbesserungen ergeben sich durch eine engere Verzahnung an der Nahtstelle zwischen ambulanter und stationärer Versorgung sowie zwischen Kranken- und Pflegeversicherung.

Mehr Wahl- und Entscheidungsmöglichkeiten

Die Versicherten können künftig zwischen mehr Versorgungsmodellen und Versicherungstarifen wählen. Die Kassen können hierzu Selbstbehalttarife und Tarife mit Kostenerstattung sowie Hausarzttarife und Tarife zu besonderen Behandlungsmethoden (z.B. Homöopathie) anbieten. All dies sind Maßnahmen zum Wohle der Patienten. Und sie haben es verdient, in der öffentlichen Diskussion deutlich mehr Beachtung zu finden!

Strukturelle Veränderungen unabweisbar notwendig

Wer behauptet, strukturelle Veränderungen seien nicht notwendig, den straft die Entwicklung unseres Gesundheitssystems in den letzten Jahren Lügen. Trotz einer Vielzahl an kostendämpfenden Maßnahmen stieß die gesetzliche Krankenversicherung mehr und mehr an ihre Leistungsgrenzen.

Ob die zu verzeichnenden Kostenexplosionen dabei immer medizinisch bedingt waren, darf bezweifelt werden. Vielmehr ist die Vermutung überaus berechtigt, dass es in unserem Gesundheitssystem eine ganze Reihe von Fehlsteuerungen und Effizienzreserven gibt. Diese Reserven sollen durch die Verankerung von deutlich mehr Wettbewerbselementen erschlossen werden.

Erwartungsgemäße Wider- stände der Leistungserbringer

Allein in der gesetzlichen Krankenversicherung geht es um ein Verteilungsvolumen von jährlich annähernd 150 Milliarden Euro – eine Größenordnung, die 3/5 des gesamten Bundeshaushalts entspricht. Ökonomisch gegensätzliche Interessen ergeben sich beinahe zwangsläufig. Nicht nur zwischen Leistungserbringern, Krankenkassen und Versicherten, sondern auch innerhalb der einzelnen Gruppen. Deshalb darf die Vehemenz der Widerstände nicht überraschen.

Nach Vorlage des Regierungsentwurfs sind in den 26-stündigen Experten-Anhörungen im Gesundheitsausschuss sowie in der übrigen Fachöffentlichkeit eine Fülle fundierter Kritikpunkte an Einzelregelungen vorgetragen worden. Der Bundesrat hat zudem am 15. Dezember umfangreiche Änderungsanträge beschlossen. Angesichts der Komplexität des Reformwerks ist es deshalb sachgerecht, Änderungen vorzunehmen.

Verbesserungen erzielt

Wichtig sind der CSU-Landesgruppe vor allem: Die sich abzeichnende Reduzierung des ursprünglich vorgesehenen Sanierungsbeitrags der Krankenhäuser, der Wegfall des Einsparbeitrags bei Rettungsdiensten und Krankenfahrten, der Verzicht auf die Einbindung der Apotheken in den Vertragswettbewerb um Preisrabatte sowie die Konkretisierungen im Hilfsmittelbereich im Interesse der zumeist kleineren und mittleren Betriebe (z.B. Orthopädie-Schuhmacher).

Durch die Begrenzung des Zugangs zum künftigen Basistarif wird verfassungsrechtlichen Bedenken Rechnung getragen und die private Krankenversicherung als leistungsfähige Vollversicherung erhalten.

Ökonomischen Faktor beachten

Tragfähige Reformen dürfen nicht über die Betroffenen hinweg, sondern müssen mit ihnen gemeinsam entwickelt werden. Schließlich ist unser Gesundheitswesen kein missliebiger Kostenfaktor, sondern ein auch ökonomisch überaus bedeutender und dynamischer Bereich.

Im Gesundheitswesen arbeiten rund 4,2 Millionen Menschen in über 800 Berufen. Der Gesundheitssektor erwirtschaftet ca. 11 Prozent des Bruttoinlandsprodukts – mehr als die Automobilindustrie. Diese ökonomische Perspektive dürfen wir bei allen Diskussionen nicht aus den Augen verlieren.